Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 51 (1959)

Heft: 1

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

strie vor neue Probleme stellen, u. a. auch weil bei einer Zunahme der Kaufkraft dieser Schichten mit einer allmählichen Veränderung der Konsumgewohnheiten zu rechnen ist, die bei Angestellten ganz andere als bei Arbeitern sind. Und diese Veränderung wird eine Umstellung in der Produktion von Konsumgütern nötig machen.

Friedrich Keller, London.

Zeitschriften-Rundschau

Brennende Gewerkschaftsprobleme

Unter dem Titel «Ideen und Realitäten im Deutschen Gewerkschaftsbund» nimmt der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete *Ulrich Lohmar* in der «*Deutschen Rundschau*» (November) in freimütiger und anregender Weise zu gewerkschaftspolitischen Problemen Stellung. Er kritisiert zunächst die Haltung vieler Unternehmer gegenüber dem Prinzip der Mitbestimmung: «Sie hatten nicht begriffen, daß sich hier eine neue Chance zum Aufbau einer sozialen und freiheitlichen Ordnung bot, und so nutzten sie die politische und wirtschaftliche Machtentwicklung in der Bundesrepublik, die Mitbestimmung mehr und mehr zu einer formalen Sache werden zu lassen... Zu einer wirklichen Selbstverwaltung weitgehend autonomer Sozialbereiche vorzustoßen, wie es Carlo Schmid einmal formulierte, war ihrem Denken fremd.»

Die Reaktion der Gewerkschaften konnte auf die Dauer nicht ausbleiben: «Wer die Entwicklung bei Mannesmann oder in anderen großen Unternehmen der Schwerindustrie verfolgt, wird sich nicht darüber wundern, daß die Gewerkschaften ... nun ihrerseits Formulierungen wählen, die die Praxis der Mitbestimmung als Klimaanlage im Interesse der Unternehmer kennzeichnen. Die Frage nach der Transformation der gewerkschaftspolitischen Ziele ist nach wie vor gestellt, und sie ist nicht zuletzt ein Problem der innergewerkschaftlichen Arbeitsweise und Struktur. Wenn man die weltanschaulichen und parteipolitischen Schwierigkeiten auf ein sachliches Maß reduziert, dann bieten sich dem DGB die Praxis der *amerikanischen* und der *österreichischen* Gewerkschaften als Beispiele an. Sicher wird man die zuweilen etwas hemdärmeligen Methoden der US-Gewerkschaften nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen können, aber ihre unvoreingenommene innergewerkschaftliche Meinungsbildung und die Praxis, den großen Parteien des Landes ihr Programm vorzutragen und ihre Empfehlungen bei Wahlen dann nach dem erhaltenen Bescheid einzurichten, sind nicht ohne Interesse für einen deutschen Gewerkschaftsbund, der unsentimental und nüchtern seine Chancen kalkuliert. Auch Oesterreich, dessen Gewerkschaftsgeschichte ähnliche weltanschauliche Probleme zeigt wie in Deutschland, hat falsche Fragestellungen weltanschaulicher Art weitgehend überwunden. Den Grundsatz der Einheitsgewerkschaft mit der innergewerkschaftlichen Fraktionsbildung zu vereinbaren, war dort möglich. Dies hat den Vorteil, daß jeder weiß, woran er ist.»

Lohmar empfielt dann u. a. «eine über die gewerkschaftlichen Tagesfragen hinausgehende politische Bildungsarbeit» und «eine Ausweitung der Arbeit des Wirtschaftswissenschaftlichen Institututs in sozialpolitischer und soziologischer Richtung». Im Schlußabsatz, der unter dem Moto «Endziel und Praxis im Widerstreit» steht, sagt Lohmar u. a.:

«Die Gewerkschaften fühlen sich ... der Gemeinwirtschaft verbunden, und es fehlt auf ihren Kongressen nicht an freundschaftlichen Kundgebungen der andern ‚Säulen der Arbeiterbewegung'. Dabei hilft sich jeder auf seine Weise

über den Widerspruch von Idee und Wirklichkeit hinweg ... Es fehlt allen Trägern dieser Idee ein verbindliches Ordnungsmodell einer anzustrebenden Gesellschaft, an dem sich von Fall zu Fall die konkreten Maßnahmen des Tages messen ließen. So kommt es, daß man die Alltagserfolge gewerkschaftlicher Politik im allgemeinen mit theoretischem Unbehagen zur Kenntnis nimmt, weil sie die Spannung zwischen der Sehnsucht nach dem ganz Neuen und der Misere des Tages nicht aufheben. Die Uebereinstimmung zwischen dem langfristig Konzipierten und den täglichen Anstrengungen läßt sich ... nur dann erzielen, wenn das Bild von der Zukunft in praktikabler Weise erarbeitet wird und wenn der Alltag der gewerkschaftlichen Arbeit über den ideologischen Opportunismus hinausweist.»

Ueberholter Eigentumsbegriff!

In der Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall (*«Der Gewerkschafter»* Nr. 11) referiert *Achim von Loesch* sehr interessant über verschiedene neue Veröffentlichungen zum Thema des Miteigentums. Zum Teil im Anschluß an die Untersuchung von Dr. *Horst Ulbrich* («Das Miteigentum der Arbeitnehmer. Eine kritische Untersuchung aus betriebssozialer Sicht», 1957) kommt Achim von Loesch zu folgendem Ergebnis:

«Betriebliches Miteigentum bringt den Arbeitnehmern keine echten wirtschaftlichen Vorteile, im Gegenteil, es bindet nun auch ihre Ersparnisse an das arbeitgebende Unternehmen ... Betriebliches Miteigentum bringt nicht mehr Mitbestimmung, als gegenwärtig schon verwirklicht ist. Durch Miteigentum bekommen die Arbeitnehmer nur einen winzigen Anteil am Vermögenskomplex der Unternehmung, jedoch keinen Einfluß auf betriebsinterne Vorgänge ... Durch Miteigentum eine Milderung der sozialen Spannungen im Betrieb zu ermöglichen, ist eine Illusion. Es verschafft ja nicht dem Faktor Arbeit Anerkennung, sondern dem Faktor Kapital! Nicht als Arbeiter, sondern als Kapitaleigentümer soll der Arbeitnehmer ja am Gewinn und der Geschäftsleitung beteiligt werden.»

«Die Miteigentumsforderungen», sagt von Loesch weiter, «gehen von einem überholten Eigentumsbegriff aus. Die Einheit von Eigentum, Haftung, Verantwortung und Leitung ist längst durchbrochen. Diese klassische Form des Eigentums gibt es im industriellen Bereich gar nicht mehr. Es kann daher auch gar nicht neu verteilt werden, vielmehr stellt sich die Frage anders. Das Eigentum im industriellen Bereich muß reformiert werden, soweit es Verfügungsmacht über Menschen gibt.»

Mehr öffentliche Kontrolle!

«Zur Publizität der Großunternehmung» liest man in *«Das Mitbestimmungs-Gespräch»* (Nr. 11) zwei wichtige Arbeiten. Der Frankfurter Universitätsprofessor Dr. *Karl Hax* untersucht gründlich das Problem der Publizität im Rahmen der Aktienrechtsreform und *Ludwig Rosenberg* vom Bundesvorstand des DGB faßt die Problematik von «Publizität und Mitbestimmung» in überzeugender Weise zusammen. Wir müssen uns darauf beschränken, aus Rosenbergs glänzenden Formulierungen folgende Sätze zu zitieren:

«Was das Licht der Oeffentlichkeit scheuen muß, kann der demokratischen Gesellschaft nicht dienlich sein — es ist ihr naturgegebener Feind ... Ist es etwa sinnvoll, auch noch die wenigen in öffentlichem Besitz befindlichen Unternehmungen, wie Preussag, Howaldtwerke und Volkswagenwerk in diesen Sog hineinzuwerfen? Ist das der rechte Weg, Eigentum für alle zu schaffen? Nein, hier muß mehr geschehen. Hier muß der Bundestag als Wahrer der Gesamtinteressen des Volkes schnellstens handeln, ehe alles das geschehen ist, was verhindert werden muß — ehe alles das ‚Rechtens' ist, was wir als Unrecht empfinden. Hier muß durch Gesetz die unnötige und gefährliche Zusammenballung wirtschaftlicher Macht verhindert werden. Hier muß sofort und ohne Verzug alles beseitigt werden, was dazu anreizt und was solches Vorhaben möglich macht. Hier muß das Interesse der Gesamtheit zu seinem Recht kommen

nach dem Grundsatz: Je mehr Konzentration — desto mehr Publizität! Je mehr Konzentration — desto mehr Mitbestimmung! Je mehr Konzentration — desto mehr öffentliche Kontrolle!

Hinweise

«Freie Gewerkschaftswelt», das offizielle Organ des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, widmet seine Nr. 101 in der Hauptsache den Problemen der asiatischen Arbeiter. Es wird festgestellt, daß in den freien Ländern Asiens heute doch schon 15 bis 16 Millionen Arbeitnehmer in Gewerkschaften organisiert sind, freilich zum Teil in sehr kleinen Gewerkschaften, die keiner Föderation oder Landeszentrale angeschlossen sind. Die dem IBFG angeschlossenen Organisationen zählen nahezu 7 Millionen Mitglieder. In einer Reihe sachkundiger Artikel werden dann wirtschaftliche, soziale und gewerkschaftliche Probleme Asiens genauer untersucht und insbesondere auch die Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften in Asien gewündigt.

«Zwischen Traum und Tag» heißt ein Aufsatz in *«Die Gegenwart»* (Nr. 24), in dem *Karl Loewy* (Jerusalem) auf sehr interessante Weise die heutigen Probleme und die nächsten Perspektiven des Nahen Ostens untersucht. Abschließend sagt der Verfasser: Mit dem Entstehen freier Staaten in Afrika, die Anschluß an eine unabhängige Zivilisation suchen, als deren Träger Israel zu gelten beginnt, machen sich die ersten Anzeichen einer Veränderung der geopolitischen Stellung des Mittelmeers bemerkbar. Die Haltung Europas wird nicht mehr durch den Wunsch bestimmt, neue Rohstoffgebiete für seine Industrie in Besitz zu nehmen. Die weiße Rasse fängt an, ihre Aufmerksamkeit auf die Verwandlung der unerschlossenen überseeischen Gebiete zu gleichberechtigten Partnern zu richten. Beide Welten werden diesem Ziele praktisch durch ein international geleitetes Notstandsprogramm näherkommen müssen, das in seine Berechnungen das Atom als volkswirtschaftlich verwendbare Energiequelle einzusetzen haben wird. In seiner augenblicklichen politischen Verfassung lebt der Nahe Osten diesen Ideen gegenüber in einem Zustand zwischen Traum und Tag. Mit dem Uebergang des vom Nationalismus aller Schattierungen beeinflußten Denkens zu einer Realpolitik, die den Dingen von morgen Rechnung trägt, wird ein dem gegenwärtigen Zustand des Nahen Ostens konträrer Prozeß eingeleitet, der sich langsam, aber unwiderstehlich durchsetzt. Das Zwischenspiel der Militärdiktaturen wird nicht imstande sein, seinen Vormarsch für die Dauer aufzuhalten.»

Einen interessanten Beitrag zum Thema «Arbeitserleichterung und Ermüdungsforschung» veröffentlicht die Monatsschrift des Rationalisierungs-Kuratoriums der deutschen Wirtschaft (*«Rationalisierung»*, Heft 9). Der Verfasser, Dr. *H. Scholz*, stellt auf Grund von Untersuchungen des Max-Planck-Instituts für Arbeitsphysiologie in Dortmund vier Hauptursachen für Ueberlastungserscheinungen beim arbeitenden Menschen fest: energetische Ueberlastung bei unzureichenden Transportverhältnissen im Betrieb, statische Zusatzbelastung durch schlecht konstruierte Maschinen, Uebermüdung durch Hitze- und Lärmeinwirkungen und schließlich «vom Menschen herrührende Ueberlastung», nämlich dann, wenn die Erholungsmöglichkeiten während der Schichtzeit von ihm nicht ausgenutzt werden». Zu diesem Punkt stellt Dr. Scholz fest, daß die in die Tätigkeit eingestreuten Pausen vielfach ungünstig verteilt oder zu kurz seien, oder daß oft ein übermäßig hohes Arbeitstempo entwickelt werde.

Dr. Walter Fabian, Zürich.

«Gewerkschaftliche Rundschau», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, Bern, Telephon 5 56 66, Postcheckkonto III 2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 12.—, Ausland Fr. 14.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 6.—. Einzelhefte Fr. 1.25. Druck: Unionsdruckerei Bern.